

Lage, worunter praktisch das „ökumenische Klima“ verstanden wurde. Von vielen Teilnehmern wurde es zu Beginn der Aussprache als frostig und zu wenig Hoffnung Anlaß gebend eingeschätzt. Der eingehende und engagierte Gedankenaustausch zwischen Verantwortlichen in Kirchenleitungen, Theologen und in verschiedenen Bereichen tätigen Pfarrern und Laien führte dann aber zu einer Umkehr. Eine Arbeitsgruppe formulierte: „Viele kamen skeptisch. Aber: Es ist

mehr Bereitschaft zur Oekumene vorhanden, als wir meinten. Also: Wir dürfen und wollen Mut fassen und Mut machen, wo wir können.“ Die neuen Schwierigkeiten führten zunächst wohl zu Mutlosigkeit, dann aber doch zur Einsicht, daß die Kirchen einander nie nötiger haben als gerade in Schwierigkeiten. Ob diese Einsicht in den Kirchen an Boden gewinnt, ist für die ökumenische Bewegung der näheren Zukunft wohl die entscheidende Frage. R. W.-Sp.

nommen wurden. Man stellte zunächst fest, daß es auch in der Kirche heute eine *Vertrauenskrise* gebe, die alle von Erwachsenen getragenen Institutionen erfaßt habe. Der Graben des Nichtmiteinander-Redens zwischen Jung und Alt bestehe auch in der Kirche. Klar bekannte sich die Erklärung zur Jugendarbeit als einer Grundaufgabe jeder Gemeinde und zur Vielfalt der Ausdrucksformen kirchlicher Jugendarbeit. Ausdrücklich wird auf die Notwendigkeit der offenen Jugendarbeit hingewiesen.

Im übrigen wird gleich ein ganzer *Katalog von Maßnahmen* angeregt, mit dem das Verhältnis von Jugend und Kirche verbessert werden soll. So soll den Synodalen der Landeskirchen empfohlen werden, alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten einer verantwortlichen Beteiligung von Vertretern der Jugend in den kirchlichen Gremien auszuschöpfen. Man will prüfen, ob die bisherigen Jugenddelegierten künftig im Plenum und in den Ausschüssen der Synode allgemeines Rederecht bekommen können. Die Jugend, so wird weiter angeregt, solle auch an der Vorbereitung und Durchführung der nächsten Synodaltagung zum Schwerpunktthema Bibel beteiligt werden, ebenfalls wird eine angemessene Beteiligung Jugendlicher an ökumenischen Konferenzen vorgeschlagen. Schließlich soll in Zukunft zweimal während der Legislaturperiode der EKD-Synode ein Bericht über die Lage der jungen Generation und der evangelischen Jugendarbeit vorgelegt werden.

Verglichen mit solchen organisatorisch-strukturellen Anregungen, fielen die Antworten der Synode auf die eigentlichen inhaltlichen Anfragen der Jugendlichen eher vorsichtig aus; man suchte nach *Kompromißformeln*, sowohl zur Herausforderung durch die weltweite Armut wie zur Friedensproblematik. So heißt es zu der Frage, ob die Jugend dem Frieden besser durch Wehrdienst oder durch Zivildienst dienen könne, dieses Problem scheine angesichts des Wettrüstens und der atomaren Bedrohung fast unlösbar. Die unterschiedlichen Überzeugungen hätten in der Synode nicht überwunden werden können. Ein An-

## EKD-Synode: Jugend und Kirche

Schwerpunktthema der Herbsttagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die vom 2. bis 7. November in Osnabrück stattfand, war das Verhältnis von *Jugend und Kirche*. Mit einer bisher einmaligen Geste versuchte man dabei der spezifischen Problematik dieses Themas Rechnung zu tragen: Außer den acht ständigen Jugenddelegierten, die seit 1968 an der Ausschubarbeit der Synode teilnehmen, im Plenum aber nur mit Zustimmung der Synode sprechen können, leisteten den 120 Synodalen diesmal noch vierzig Delegierte der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Gesellschaft.

Zweimal hatten sich die 40 Jugendlichen, die alle unter 25 Jahre alt waren und repräsentativ von den in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen Verbänden und den Gliederungen in den Landeskirchen entsandt wurden, zu Jugendtagen getroffen, auf denen sie ihre Erfahrungen austauschten und gemeinsame Vorstellungen für die Begegnung mit den Synodalen zu entwickeln versuchten. Diese Vorbereitungen erbrachten ein in Osnabrück im Plenum verlesenes „Wort der Mitarbeiter der Evangelischen Jugend an die Synodalen“. Leitmotiv dieses Textes: „Die Kirche ist uns fremd“. Kritik wurde an schwer zugänglichen Formen des Gottesdienstes geübt, gefordert wurde eine gleichwertige Beteiligung der jungen Generation auf allen Ebenen in der Kirche, um Verantwortung und Mitbestimmung einzuüben. Vor allem an drei Punkten machten die

Vertreter der Evangelischen Jugend (die Arbeitsgemeinschaft zählt etwa eine Million Mitglieder) *Widersprüche zwischen Reden und Handeln der Kirche* deutlich: Sie bringe der offenen Jugendarbeit zu großes Mißtrauen entgegen, es fehle ihr an Mut, „entschieden für die armen Völker und Kirchen Partei zu ergreifen“, schließlich müsse die gebräuchliche Formel vom „Friedensdienst mit und ohne Waffen“ überdacht werden, es sei auch nicht gelungen, den Zivildienst zu einem echten Friedensdienst auszubauen.

Der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof *Eduard Lohse*, hatte in seiner Predigt im Eröffnungsgottesdienst als Devise für die Synodendiskussion ausgegeben, es sei keine Schande, wenn in diesen Tagen auch mit scharfen Worten nicht gespart werde: „Denn wir wären arm dran, wenn wir nicht ernste Probleme miteinander zu verhandeln hätten und nicht mit aller gebotenen Sachlichkeit darüber sprechen wollten.“ Hinsichtlich des Schwerpunktthemas versuchte man diese Vorgabe durch das Gespräch der Jugendlichen mit den Synodalen einzulösen, zu dem man sich in zehn Arbeitsgruppen zusammensetzte.

Die Beschäftigung der Synode mit dem Jugendthema mündete schließlich in eine zum Abschluß der Tagung verabschiedete „Kundgebung“ unter dem Titel „Jugend und Kirche – miteinander glauben, leben, handeln“, in der die einzelnen Anfragen der Jugendlichen in unterschiedlicher Weise aufge-



trag der Jugend, ihr Engagement für den Frieden zu unterstützen und einen Friedenssonntag einzuführen, wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Die von den Jugendvertretern bei ihrer Frage nach der Glaubwürdigkeit der Kirche in den Mittelpunkt gestellten Probleme beschäftigen die Synodaltagung auch über den engeren Kontext des Schwerpunktthemas hinaus: Einmal mußte man sich nach den Auseinandersetzungen während der letzten Tagung in Garmisch (vgl. HK, März 1980, S. 109f) in Sachen *Missionsverständnis* wieder zusammenraufen. Man einigte sich dann auch auf ein vom Rat der EKD eingebrachtes Positionspapier „Zur Frage nach dem Missionsverständnis heute“, das den verschiedenen Strömungen gerecht zu werden versucht.

In der Frage der *Verantwortung der Kirche für den Frieden* wurde in Osnabrück kontrovers diskutiert, nachdem Bischof Lohse in seinem Bericht vor den Synodalen nochmals den Versuch unternommen hatte, die Entscheidung für oder gegen den Wehrdienst im Sinn der in letzter Zeit wieder intensiv herangezogenen Heidelberger Thesen von 1959 als gleichrangig zu bewerten. Er mußte in seinem Resümee der Tagung dann feststellen, es sei für die Kirche nicht einfach, eine *Friedensdenkschrift* zu formulieren.

Daß die jugendlichen Gäste der Synode mit deren Ergebnis nicht zufrieden

waren und ihre Enttäuschung über den Verlauf der durchaus offenen und mit gegenseitigem Verständnis geführten Beratungen und Gespräche auch deutlich äußerten, war wohl ein Stück weit unvermeidbar. Schließlich bot gerade diese Tagung der Synode ein gutes Beispiel für die beinahe unausweichlichen Verständnisschwierigkeiten zwischen einer Jugend, die möglichst eindeutige und kompromißlose kirchliche Stellungnahmen einfordert, und einer Volkskirche, die sich – sei es mehr aus Gründen, die in der Komplexität des jeweiligen Problems oder auch in ihrer Struktur liegen – um Kompromisse bemühen muß.

Ging es bei diesen Fragen aber primär um *Konflikte zwischen der Kirche und Jugendlichen*, die in den Gemeinden und Verbänden zumindest noch in Rand- oder Schwundformen mit ihr identifiziert sind, so wurde in Osnabrück dem eigentlichen Grundproblem eher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Auf es hingewiesen hatte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend, Pfarrer *Erich Eltzner*, der in seinem Referat vor den Synodalen feststellte, daß achtzig Prozent der Jugendlichen nach der Konfirmation keine Verbindung zur Kirche mehr hätten und dies auch nicht als Mangel betrachteten. Hier muß wohl über die von der Synode vorgeschlagenen Maßnahmen hinaus die wichtigste Herausforderung für die Kirche liegen. U. R.

bezug auf Kirche zur Zeit des Kongresses im Vorfeld des Papstbesuches durch andere Ereignisse besetzt. Man hatte offensichtlich auch einige Mühe, hinreichend *diskussionswillige und sachverständige Diskutanten* zusammenzubringen. Vor allem die Räte in den Diözesen scheinen der Einladung recht unterschiedlich gefolgt zu sein. Aus manchen Diözesen kamen vier bis fünf Delegierte, aus anderen Diözesen waren zwei oder gar nur ein Vertreter gekommen. Am dritten Kongreßtag, als das im Vorentwurf zu Kongreßbeginn vorgelegte „Manifest“ diskutiert und verabschiedet wurde, gab es ganze 80 Stimmberechtigte im Großen Saal der Godesberger Stadthalle.

Neben der Mobilisierung von genügend Teilnehmern gab es auch beträchtliche Schwierigkeiten, den *Zweck des Kongresses* durchzuhalten. Zwar wurde man dem erklärten Ziel, die aktuelle Situation von Ehe und Familie als übergreifenden Problemzusammenhang von Erziehung, Recht, Politik und christlichem Lebensverständnis darzustellen, wenigstens im Ansatz einigermaßen gerecht, aber schon der *Zwang, familienpolitische Forderungen mit Aussagen des christlichen Selbstverständnisses von Ehe und Familie zu verbinden*, fiel einigermaßen schwer. Auch war man sich offenbar über die gegenseitigen Intentionen nicht ganz im klaren. Als familienpolitischer Kongreß proklamiert, sollte er für den Veranstalter und einen Teil der Mitwirkenden vor allem Gelegenheit bieten, zwischen Bundestagswahl und Abgabe der Regierungserklärung die *Forderungen aus dem katholischen Bereich an Regierung und Gesetzgeber* zu richten und konkurrierenden Einschätzungen von Ehe und Familie vor allem politisch entgegenzutreten. Entsprechend politisch war auch der Vorentwurf des Manifestes. Aber manche Ergebnisse aus den Arbeiterkreisen – vor allem die aus dem Arbeitskreis 1 „Familie christlich gelebt“ – waren auf eine ausgeprägt zeugnishaft Diktion festgelegt, deren erbaulicher Stil zu den handfesten familienrechtlichen und familienpolitischen Forderungen in anderen Teilen des Textes nicht passen wollten. Seine Anhänger waren aber weder durch den

## ZdK: familienpolitische Gehversuche

Mit Äußerungen zu Familienfragen läßt sich das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) von niemanden übertreffen. Erklärungen und Stellungnahmen dazu folgen einander jährlich, um nicht zu sagen jahreszeitlich. Fast ein Dutzend wurden während der letzten zehn Jahre allein in dieser Zeitschrift dokumentiert oder registriert, und es waren mit Sicherheit nicht alle. Bereits 1974 (vgl. HK, März 1974, 156 ff.) wurde ein erster Familien- und familienpolitischer Kongreß für Delegierte aus Räten und Verbänden abgehalten, auf dem neben fami-

lienpolitischen Forderungen vor allem die Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf das Selbstverständnis von Ehe und Familie debattiert wurden. Jetzt – vom 23. bis 25. Oktober – folgte ein zweiter „über aktuelle Fragen der Familie und der Familienpolitik“ mit fast gleicher Themenstellung.

War aber schon die Resonanz auf den ersten relativ schwach, so hatte dieser zweite nicht minder mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Nicht nur die Pressebank war äußerst spärlich besetzt. Die öffentliche Aufmerksamkeit war in